



Wenn grün,  
dann richtig.

---

**AUF KURS.  
MITTENDRIN.  
FÜR HILDESHEIM.**

---

Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2016  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Ortsverband Hildesheim



## Inhaltsverzeichnis

1. Präambel .....	4
2. Arbeit .....	5
3. Bildung und Schule .....	6
4. Breitbandausbau und freies WLAN.....	6
5. Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger .....	7
6. Energie und Klimaschutz .....	8
7. Fahrradfreundliches Hildesheim .....	9
8. Faire Stadt.....	10
9. Familie, Kita- und Krippenplätze .....	10
10. Finanzen und Haushalt.....	11
11. Frauen, Geschlechtergerechtigkeit .....	12
12. Hochschulstandort .....	13
13. Hochwasserschutz – Innerste.....	13
14. Inklusion .....	14
15. Innenstadtentwicklung.....	15
16. Jugend.....	16
17. Klimawandel.....	16
18. Kultur .....	17
19. Lärm und Luftverschmutzung.....	18
20. Mackensen-Gelände .....	18
21. Menschen im Alter .....	19
22. Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge .....	20
23. Nordumgehung.....	21
24. Öffentlicher Personennahverkehr .....	21
25. Rechtsextremismus.....	22
26. Soziales .....	22
27. Sport.....	24
28. Streetwork.....	24
29. Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz .....	25
30. Verbraucherinnen- und Verbraucherberatung.....	25

31. Vorfahrt für umweltfreundlichen Verkehr .....	26
32. Wald.....	27
33. Wirtschaftsförderung.....	28
34. Wohnen .....	28
35. Zersiedelung.....	30
Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat.....	31
Wahlbereich Nord (F) .....	31
Wahlbereich Ost (G).....	32
Wahlbereich Süd (H).....	33
Wahlbereich West (I) .....	33
Kandidatinnen und Kandidaten für die Ortsräte.....	34
Achtum-Uppen .....	34
Bavenstedt .....	34
Itzum-Marienburg .....	34
Marienburger Höhe/Galgenberg.....	34
Moritzberg/Bockfeld.....	34
Neuhof/Hildesheimer Wald/Marienrode.....	34
Nordstadt.....	34
Ochtersum.....	34
Oststadt/Stadtfeld.....	34
Stadtmitte/Neustadt.....	34

## **Impressum**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 Kreis- und Ortsverband Hildesheim  
 V.i.S.d.P. Klaus Schäfer  
 c/o BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 Ratsbauhof 1c  
 31134 Hildesheim

E-Mail: [Buero-HI@Gruene-Hildesheim.de](mailto:Buero-HI@Gruene-Hildesheim.de)  
 URL: <http://Gruene-Hildesheim.de>  
 FB: <http://facebook.de/higruen>

## 1. Präambel

Vor Ihnen liegt das Programm der GRÜNEN für die diesjährige Kommunalwahl. Vielleicht geht es Ihnen so wie mir: Über die Jahre bin ich skeptisch geworden, wenn mir vor den Wahlen Versprechungen gemacht werden, seien es „blühende Landschaften“, „sichere Renten“ oder „Wohlstand für alle“. Schnell gesagte Ideen, deren Umsetzung nach den Wahlen aber genauso schnell in Vergessenheit gerieten. Wir als GRÜNE haben uns dennoch für ein ausführliches Programm entschieden, weil wir möchten, dass Sie wissen, was wir wollen und WEN Sie eigentlich wählen. Grundlegend für jede Wählerin und jeden Wähler ist es zu wissen, woran wir GRÜNEN in den nächsten fünf Jahren arbeiten werden.

Unter der Rot-GRÜNEN Ratsmehrheit ist Hildesheims Einwohnerzahl wieder auf über 100.000 gestiegen. Hildesheim ist als Wohnort beliebt, Menschen ziehen wieder gerne in unsere Stadt. Das macht uns stolz, aber es ist auch Aufgabe und Verpflichtung: Wo werden die Neubürgerinnen und -bürger wohnen können? Wie halten wir die Menschen in unserer Stadt? Insbesondere junge Menschen, die ihre Ausbildung oder ihr Studium abgeschlossen haben, müssen in Hildesheim attraktive Wohnmöglichkeiten, Arbeits- und Kitaplätze, Einkaufsmöglichkeiten und Kulturangebote finden, damit sie langfristig hier bleiben. Auch für ältere Menschen müssen bezahlbare Wohnungen und interessante Wohnkonzepte vorhanden sein. Hierzu wird endlich nach einigen Anläufen auf dem Gelände der ehemaligen Mackensen-Kaserne in den nächsten Jahren ein neues Baugebiet entstehen, das sich an diesen Ansprüchen messen lassen muss.

Aber eine Stadt oder ein Wohnviertel wird nicht nur durch Angebote und Einrichtungen attraktiv, auch der sogenannte „allgemeine Wohlfühlfaktor“ muss geboten sein. Grüne Oasen und Plätze, auf denen Kinder, Jugendliche und Erwachsene sich bewegen und entspannen können und die Möglichkeiten für ungezwungene Begegnungen bieten, Straßen, die nicht nur dem Autoverkehr dienen. Hierfür haben wir von der Verwaltung

in den letzten Jahren immer wieder Geschwindigkeitsbegrenzungen in Wohngebieten und die Umleitung der Pendlerverkehre um die Wohnquartiere gefordert und erreicht – für eine Stadt, die in erster Linie für die Menschen da ist, und nicht nur für den Autoverkehr. Deshalb haben wir den Fahrrad- und Fußgängerverkehr gefördert, eine Fahrradabstellanlage am Bahnhof geschaffen, neue Radwege gebaut oder ausgebaut, viele neue Fahrradständer in der Stadt errichten lassen, eine Radroute vom Bahnhof zur Uni geplant und im Haushalt abgesichert.

Global denken, lokal handeln: Wir haben es geschafft, der gestiegenen Anzahl an Flüchtenden, die in Hildesheim ankamen, menschenwürdige Unterkünfte zu bieten und diejenigen, die in Hildesheim bleiben, dezentral in Wohnungen unterzubringen, um einseitige Quartiere zu vermeiden. Wir haben die Arbeit der Ehrenamtlichen und der Institutionen unterstützt und gefördert, die mit viel Engagement und Energie diese Arbeit geleistet haben. Hildesheim ist FairTrade Stadt geworden, weil wir meinen, dass Armut und Ausbeutung neben Krieg eine der Hauptfluchtursachen ist. Endlich gibt es in Hildesheim einen Migrationsbeirat, damit Belange und Interessen aller Zuwanderergruppen gemeinsam erörtert werden können.

Wir sind der vom Landkreis gegründeten Klimaschutzagentur beigetreten und haben einen Kooperationsvertrag mit dem Energieberatungszentrum abgeschlossen, um verstärkt die Isolierung und Sanierung öffentlicher Gebäude auszubauen und Hildesheim in Zukunft klimaneutraler aufstellen zu können, indem im Rathaus vermehrt CO<sub>2</sub> eingespart und damit ein Beitrag gegen die Erderwärmung erbracht wird.

Wir haben in fünf Jahren umgesetzt, was wir in unserem Programm von 2011 gefordert haben. Und damit komme ich auf meine einleitenden Sätze zurück: Wir haben fast alles abgearbeitet.

Aber es gibt noch genug zu tun: Wir wollen die Stadt weiter menschengerecht gestalten, soziale Ungerechtigkeiten ausgleichen, Hildesheim als

Stadt der Bildung weiter ausbauen, unsere Wälder und Parks als Erholungsflächen bewahren, umweltfreundliche Verkehre fördern, die kulturelle Landschaft erhalten und ausbauen und geschlechtergerechte Bedingungen im Rathaus verbessern.

Mehr dazu finden Sie in diesem Programm.

## 2. Arbeit

Auch in Stadt und Landkreis Hildesheim sind die Arbeitslosenzahlen in den letzten Jahren zurückgegangen. Aber die Langzeitarbeitslosen haben davon nicht profitiert. Für sie müssen wir mehr tun. Zwar ist hier der Handlungsspielraum der Kommunen begrenzt, aber einiges kann auch vor Ort bewirkt werden.

Dazu gehört eine effektive Arbeitsmarktpolitik im Rahmen einer intensiven Kooperation zwischen Stadt, Jobcenter und anderen Leistungserbringern. Nur sie zusammen können z. B. eine integrierte Bedarfs- und Angebotsplanung auf den Weg bringen, die auch die notwendigen kommunalen Eingliederungsleistungen (Schuldnerberatung, Suchtberatung etc.) umfassen. Das

Für die Verwirklichung unserer Vorstellungen von einer lebenswerten Stadt brauchen wir eine starke Mehrheit, wir und Hildesheim brauchen IHRE Stimme für die GRÜNEN.

Ulrich Rübiger  
Fraktionsvorsitzender

ist für eine erfolgversprechende Arbeitsmarktintegration insbesondere von Langzeitarbeitslosen unverzichtbar.

Die Verständigung der 'Robert Bosch GmbH' mit dem Betriebsrat über eine Standortsicherung des Hildesheimer Werks bis 2020 und den bis dahin geltenden Schutz vor Kündigungen ist ein erster guter Schritt. Jetzt muss es darum gehen, den weiteren Prozess im Sinne der Beschäftigten zu begleiten. Hier gilt es für die Stadt Hildesheim zusammen mit dem Betriebsrat auf die Konzernverantwortlichen einzuwirken, die Arbeitsplätze und damit die Zukunftsfähigkeit des Standortes zu erhalten.

### Wir wollen:

- die Beauftragung regionaler Unternehmen mit regulären Beschäftigungsverhältnissen entsprechend der Niedersächsischen Vergabegesetzgebung, um die regionale Wertschöpfung zu unterstützen. Jeder Euro, der in der Region investiert wird, ist auch sozial wertvoll. Die Beauftragung hilft, unnötigen Verkehr zu vermeiden und leistet damit einen Beitrag zum Klimaschutz.
- neue Maßnahmen öffentlich geförderter Beschäftigung. Die aktuellen Projekte der Stadt, des Jobcenters und der Agentur für Arbeit sind unzureichend. Wir wollen dazu gemeinsam mit dem Landkreis auch eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft für Langzeitarbeitslose errichten.
- eine Offensive für intelligente und kreative Arbeits- und Teilzeitregelungen in der Stadtverwaltung und in den Betrieben mit städtischer Anteilmehrheit. Während bei den Menschen, die in Arbeit sind, Arbeitsverdichtung, Überlastung und Überstunden zunehmen, ist nach wie vor die Zahl derjenigen hoch, die langfristig ohne Beschäftigung sind.

### **3. Bildung und Schule**

Das Ziel grüner Bildungspolitik ist der Erhalt der vielseitigen Bildungslandschaft Hildesheims.

Nicht zufällig umfasst der Begriff Bildung so unterschiedliche Bereiche wie Frühkindliche Bildung, Weiterbildung, Bildungschancen, Erwachsenenbildung, Schulische Bildung, Kompetenzbildung und vieles mehr.

Bildung ermöglicht notwendige Weltorientierung, Selbstbestimmung und Aufklärung, woraus wiederum Wissen um die Vielfalt und damit Respekt vor dem Fremden entstehen. Sie ist der Schlüssel für ein sich entwickelndes Verständnis der komplexen Realität einer modernen Gesellschaft.

Die Hildesheimer Schullandschaft ist vielfältig und bunt. Alle Schulformen sind vertreten und bieten unterschiedliche Bildungswege und unterschiedliche pädagogische Konzepte an. Ein-

richtungen wie die Volkshochschule und die Musikschule sind für eine Stadt wie Hildesheim unverzichtbar.

Einige Schulgebäude wurden saniert und haben mittlerweile einen guten Standard, was die Raumausstattung, Akustik und Barrierefreiheit angeht. Aber diese Standards müssen alle Schulen erreichen.

Fast alle Schulen in Hildesheim sind Offene oder Gebundene Ganztagschulen. Häufig ist jedoch eine umfassende zuverlässige Betreuung von Grundschulkindern nur durch Horte gewährleistet. Der Ausbau einer guten Ganztagsbetreuung an allen Schultagen in der Woche, mit einer guten Verpflegung und mit Angeboten bis in den späten Nachmittag sowie in den Ferien muss das Doppelsystem Hort/Ganztagsbetreuung langfristig ersetzen.

#### **Wir wollen:**

- die Bereitstellung räumlicher und personeller Ressourcen für den Ausbau einer guten Ganztagsbetreuung
- eine Öffnung der Schulen für alle Kinder und Jugendliche, ungeachtet ihrer körperlichen Voraussetzungen oder der sozialen Herkunft
- eine konsequente Fortsetzung der Sanierung der Schulgebäude
- besseres Essen in Kantinen und Küchen mit vollwertiger Nahrung aus kontrolliertem, heimischem Anbau zu erschwinglichen Preisen

### **4. Breitbandausbau und freies WLAN**

Der schnelle Internetanschluss ist heute genauso von grundlegender Bedeutung wie der Anspruch auf einen Telefonanschluss oder einmal pro Werktag mit Post beliefert zu werden.

DIE GRÜNEN wollen alle Haushalte und Unternehmen in Hildesheim an das schnelle Internet anbinden. Wir wollen, dass die Anbindung an schnelles Internet in der ganzen Stadt Standard ist. Die Versorgung mit schnellem Internet ist zu einem entscheidenden Standortfaktor geworden. Kein Unternehmen und keine Familie sollen

mehr gezwungen sein, sich aufgrund der schlechten Breitbandversorgung gegen einen Standort oder einen Wohnort zu entscheiden. Unternehmen und auch junge Familien mit Kindern haben heute die berechtigte Erwartung, dass ein schneller Internetanschluss sowohl für private Interessen als auch für berufliche Zwecke am Ort zur Verfügung steht. Wir brauchen neue Entwicklungskonzepte, um den Breitbandausbau entschlossen voranzutreiben, damit überall schnelles Internet mit 50 Mbit/s und



mehr zur Verfügung steht. Kundinnen und Kunden sollen dabei mit mehr Rechten und einer Mindestversorgungsgarantie ausgestattet werden.

Wir GRÜNEN wollen dabei den Fokus auf den Ausbau von Glasfaser- und Kabelnetzen legen.

**Wir wollen:**

- bis 2020 möglichst alle Haushalte und Unternehmen in Hildesheim mit Glasfaseranschlüssen ausstatten. Dabei soll möglichst eine Glasfaserleitung die Wohnung versorgen („Fiber to the home“, kurz Fth), mindestens aber das Gebäude („Fiber to the basement“ bzw. building, kurz Ftt).
- langfristig noch schnellere Übertragungsgeschwindigkeiten im gesamten Stadtgebiet
- offene WLAN-Zugänge, die von allen genutzt oder angeboten werden können

## **5. Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger**

Nicht nur bundesweite Entscheidungen, wie Gorleben oder Stuttgart 21, sondern auch lokale, wie zum Beispiel Bahnübergang Goethestraße oder Zukunft der Innenstadtsschulen Hohnsen und Pfaffenstieg, haben gezeigt, dass die Menschen bei persönlich als relevant empfundenen Fragen nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden wollen. Bürgerinnen und Bürger wollen partiell beteiligt werden. Dadurch kommen Impulse in einen Planungs- und Entscheidungsprozess, die nahe an der Praxis sind und die Prozesse beleben.

Durch den Einsatz für eine flächendeckende Einführung der Ortsräte in Hildesheim ist mit unserer Hilfe ein niedrigschwelliges Angebot entstanden, das viele Einwohnerinnen und Ein-

wohner nutzen, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Diese Einwohnerfragestunden sind nicht auf die Ortsräte beschränkt. Auch alle Ratsgremien, vom Ausschuss bis zum Stadtrat, bieten offene Einwohnerfragestunden an, die unangemeldet genutzt werden können. Bürgerbegehren, Bürgerentscheid und Bürgerbefragung sind in Niedersachsen neue Beteiligungsformen, die nach dem Inkrafttreten der Niedersächsischen Kommunalverfassung 2011 ermöglicht wurden. Rot/GRÜN hat all den dort neu eingeführten Beteiligungsformen in Hildesheim den Weg durch Satzungen o.ä. geebnet. Ergänzend dazu gibt es gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligungen, wie z.B. die im Rahmen der Erstellung eines Bebauungsplans.

**Wir wollen:**

- die Verbindung des Ratsinformationssystems mit Sozialen Medien, um die Bekanntheit der Sitzungstermine und -inhalte zu steigern
- die Einführung und Pflege eines moderierten Diskussionsforums, in dem die Stadtverwaltung aktuelle Vorlagen einstellt und Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, diese zu kommentieren und zu diskutieren (liquid feedback).

## **6. Energie und Klimaschutz**

Die Energiewende muss auch kommunal weiter vorangetrieben werden, denn sie liefert einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz.

Unsere wichtigste heimische Energiequelle ist nach wie vor das Energiesparen. Darum ist die Grundlage unserer Energiepolitik, das Energiesparen zu subventionieren und nicht den Energieverbrauch.

Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger die rasant gestiegenen (und sicher weiter steigenden) Energiepreise durch entsprechend geringeren Energieverbrauch kompensieren können. Dazu wollen wir einen Teil der Gewinne aus dem Energieverkauf der EVI als Tochter der Stadtwerke verstärkt dazu verwenden, Energiesparmaßnahmen zu fördern.

Energiesparen ist zudem aktiver Klimaschutz. Die bundesweiten Flutkatastrophen und die sehr trockenen Sommer der letzten Jahre haben deutlich gezeigt, dass der Klimawandel sich auch in unseren Regionen bemerkbar macht.

### **Wir wollen:**

- ein Förderprogramm der Stadt und der Stadtwerke für Energiesparmaßnahmen, Umtauschaktionen für alte Stromfresser, Bezuschussung der Wärmedämmung an Gebäuden und Verbesserung der Energieeffizienz
- ein Energieeinsparkonzept für städtische Liegenschaften
- die Umsetzung von erforderlichen Energiesparmaßnahmen
- die Schaffung und den Betrieb von mehr Blockheizkraftwerken durch die Stadtwerke, z.B. in dem neuen Wohngebiet der ehemaligen Mackensenkaserne
- die Nutzung von Prozesswärme

Es ist erfreulich, dass der Anteil an Strom aus regenerativen Quellen, den die Stadtwerke liefern, in den letzten 5 Jahren von 26,6% auf 37,7% gestiegen ist und damit über dem Bundesdurchschnitt liegt. Leider liegt der Anteil an Kohlestrom mit 42,4% in etwa im Bundesdurchschnitt. Hier ist ein weiterer Ausbau der Regenerativen voranzutreiben.

Ungefähr 1/3 des nach Hildesheim gelieferten Erdgases wird in einem einzigen Industriebetrieb zum Schmelzen von Leichtmetallen verwendet, die dabei entstehende Abwärme wird ungenutzt an die Atmosphäre abgegeben. Diese Wärmemenge (Prozesswärme) soll sinnvoll genutzt werden, zum Beispiel durch Einspeisung in das Fernwärmenetz oder durch mobile Latent-Wärmespeicher.

Klimaschutz und Energiepolitik beginnen auf kommunaler Ebene, insbesondere durch ein verändertes Verbraucherinnen- und Verbraucherverhalten.



## 7. Fahrradfreundliches Hildesheim

In den letzten 5 Jahren haben wir viel getan, um das Fahrradfahren in Hildesheim attraktiver und ungefährlicher zu machen. Wir haben den Etat für das Radfahren von 50.000 Euro auf 300.000 Euro versechsfacht und folgendes erreicht:

- den Bau einer komplett neuen Fahrradabstellanlage am Bahnhof
- den neuen Radweg auf der Bahnhofstraße
- die Öffnung vieler Einbahnstraßen für den gegenläufigen Radverkehr
- den Bau einer Querung der Bahn zum zukünftigen Baugebiet Mackensen-Kaserne für Radfahrende und Fußgängerinnen und Fußgänger
- die Initiierung eines Radwegekonzeptes für die ganze Stadt, das die zukünftigen Planungen vorsieht

- die Räumung der Hauptradwegeachsen im Winter
- die Aufstellung von Fahrradbügeln im gesamten Innenstadtbereich
- den Auftrag zum Bau einer Fahrradabstellanlage am Ostbahnhof

Um das Fahrrad als alltagstaugliches Verkehrsmittel noch besser einsetzen zu können, muss auch weiterhin viel passieren. Wir wollen in Hildesheim Bedingungen schaffen, die es vielen Menschen jeden Alters gefahrenfrei, zügig und bequem ermöglichen, alltäglich das Rad zu benutzen.

Im Integrierten Verkehrsentwicklungsplan (IVEP) steht die Stärkung des Radverkehrs im Innenstadtbereich im Vordergrund. So soll der Anteil des Radverkehrs bis zum Jahr 2025 auf mindestens 20% gesteigert werden.

### Wir wollen:

- eine weitere konsequente Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans
- eine Neuorganisation der Nutzung von Fahrflächen, auf denen der Autoverkehr abgenommen hat (z.B.: Hildesheim West, Robert-Bosch-Straße)
- die Umsetzung des neuen Radverkehrskonzeptes und die Bereitstellung der erforderlichen Mittel
- die Prüfung weiterer Einbahnstraßen zur Öffnung in beide Richtungen (z.B. Binderstraße)
- die konsequente Einführung sogenannter Schutzstreifen auf den Straßen, auf denen die Radwegspflicht aufgehoben wurde, z.B. Goslarsche Straße, Robert-Bosch-Straße
- die bauliche Umsetzung von Radverkehrsachsen vom Bahnhof zur Uni und vom Moritzberg zum Klinikum
- die Einführung von Fahrradstraßen, z.B. Gartenstraße und Gravelotte- / Orleansstraße
- die deutliche Verbesserung der Informationspolitik der Verwaltung bei der Umsetzung von Radwegen, z.B. bei der Einrichtung von gegenläufig befahrbaren Einbahnstraßen oder zur Aufhebung der Benutzungspflicht von Radwegen

## 8. Faire Stadt

Fairer Handel unterstützt Produzentinnen und Produzenten in sogenannten Entwicklungsländern dabei, ihnen eine menschenwürdige Existenz aus eigener Kraft zu ermöglichen. Für eine

Stadt wie Hildesheim gibt es die Möglichkeit, hierzu etwas beitragen zu können. Eine ist der Erwerb des „Fairtrade-Stadt“-Siegels.

### Wir wollen:

- das begonnene Projekt, das Gütesiegel „Fair Trade Town“ für die Stadt Hildesheim zu bekommen, fortführen
- an dem Ziel des Gütesiegels festhalten und die damit im Zusammenhang stehenden zahlreichen guten Initiativen und Aktivitäten zum Thema Faire Beschaffung vernetzen und zusammenführen
- uns für die Verwendung sowohl von fair gehandelten, als auch von regionalen ökologischen Produkten stark machen
- den Einsatz von Bioprodukten in städtischen Einrichtungen fördern

## 9. Familie, Kita- und Krippenplätze

Kindertagesstätten sind die Orte von sowohl gemeinsamer frühkindlicher Bildung und Erziehung als auch Betreuung und Förderung, die für die Entwicklung von Kindern in unserer Gesellschaft von grundlegender Bedeutung sind. In unserer heutigen multikulturellen Gesellschaft sind sie wichtige Bausteine sowohl für die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, als auch für die Inklusion von Kindern mit Beeinträchtigungen.

Die Bemühungen um Integration und Inklusion von allen Kindern in Kindertagesstätten und Schulen müssen massiv verstärkt werden. Wir brauchen mehr integrative Gruppen und Plätze in unseren Kindertagesstätten.

Das Angebot an Kita- und Krippenplätzen muss ausgebaut werden, sodass die Stadt auch auf veränderte gesellschaftliche Bedingungen wie

### Wir wollen:

- den Ausbau der Inklusion in den Kindertagesstätten
- die Erweiterung und den elterlichen Anspruch auf wohnortnahe Kita- und Krippenplätze, den Ausbau der Betreuungszeiten und flexible Öffnungszeiten unterstützen
- die Förderung der pädagogischen Vielfalt und alternativer Projekte in der Kinderbetreuung
- die dringend notwendige bauliche Sanierung der Kindertagesstätten vorantreiben

ansteigende Geburtenraten und Zuwanderung durch Flüchtlingsfamilien schnell reagieren kann und der neuen Situation gerecht wird. Dazu muss in der Planung auch eine fußläufige wohnortnahe Unterbringungsmöglichkeit in einer Kindertagesstätte bedacht werden.

Veränderte gesellschaftliche Bedingungen bedeuten immer häufiger auch, dass der zeitliche Umfang und das zeitliche Angebot an Betreuungszeiten in den Kindertagesstätten ausgeweitet und den Bedürfnissen der Arbeitswelt flexibler angepasst werden müssen.

Wir begrüßen das vielfältige Angebot an pädagogischen Konzepten der Kindertagesstätten in Hildesheim und die Bereicherung durch einen Waldkindergarten und einen Betriebskindergarten.

## 10. Finanzen und Haushalt

Über Jahre sind falsche haushaltspolitische Prioritäten durch die von der CDU geführten Ratsmehrheit gesetzt worden. Hildesheim hat sich übernommen. „Weltkulturstadt“ zur EXPO, der Museumsneubau oder Flugplatzausbau hat die Stadt Millionen Euros gekostet. Unrentable Privatisierungen bei der Friedhofspflege und Straßenreinigung, Teilprivatisierung der Stadtwerke-Energieversorgung (EVI), Pauschalkürzungen bei Integrations- und Präventionsmaßnahmen und eine kostenträchtige Ausgliederung der Stadtentwässerung gaben dem Haushalt den Rest. Als GRÜNE Ratsfraktion haben wir diesem nie zugestimmt.

Seit 2009 hat sich die Chance auf einen Entschuldungsvertrag mit Land und Kommunalver-

bänden ergeben. In Verantwortung einer weiterhin handlungsfähigen, wirtschaftlich leistungsfähigen und selbstbestimmten Kommune haben wir diesen Prozess mit dem Ziel einer nachhaltigen und sozial ausgewogenen Haushaltssanierung mitgestaltet und am Ende dem Zukunftsvertrag zugestimmt.

Trotz der weiterhin angespannten Haushaltslage ist es uns in den letzten Jahren gelungen, GRÜNE Politik umzusetzen.

Ähnlich der Zeit vor dem Vertrag bringt die GRÜNE Ratsfraktion seitdem jedes Jahr umfangreiche Änderungslisten zum Haushalt ein. Es geht um eine weitere Konsolidierung ohne Kahlschlag bei gleichzeitigem politischen Gestalten.

### Wir wollen:

- keine kommunale Finanzierung einer Bewerbung Hildesheims als „Europäische Kulturhauptstadt“. Die erfahrungsgemäß schon in der Bewerbungsphase notwendigen Mittel in Höhe von mind. 500.000 Mio. € pro Jahr sind im Rahmen der zur Verfügung stehenden 11 Mio. € an freiwilligen Leistungen definitiv unfinanzierbar.
- eine strikte Bedarfsorientierung bei Investitionen in Großbauprojekte wie neue Gewerbegebiete (Gewerbegebiet Nord) oder einen möglichen Hafenausbau, keinen Bau der Nordumgehung
- Mehrausgaben z.B. im Bereich der Gemeinwesenarbeit, Soziokultur oder von Beschäftigungsprojekten auf dem zweiten Arbeitsmarkt - alles unter dem Leitmotiv „Prävention und Integration“ spart langfristig
- die Erhöhung der Mittel für Maßnahmen zur Energieeinsparung und damit Kostensenkung bei städtischen Liegenschaften, die Erneuerung der kommunalen Straßenbeleuchtung und eine energetische Stadtsanierung
- eine Re-Kommunalisierung städtischer Leistungen. Bei den in der Vergangenheit durchgeführten Privatisierungen bzw. Ausgliederungen aller Art ist es für das Stadtsäckel kaum zu einem Einspareffekt gekommen. Dem gegenüber steht immer ein Verlust an kommunaler Selbstverwaltung. Zum Beispiel ist zu prüfen, inwieweit ein Rückkauf der 25%-Anteile der EVI ermöglicht werden kann.
- eine Rücknahme der letzten Kreisumlageerhöhung und vermehrte Zusammenarbeit mit dem Landkreis zur Kostenreduzierung z.B. beim Rechnungsprüfungswesen, Gebäudemanagement (Reinigungsdienst) oder Kulturmanagement. Bei Musikschule oder Bibliothekswesen ist aufgrund entsprechender regionaler Nutzung eine finanzielle Beteiligung des Landkreises zu prüfen.
- die Mehreinnahmen über die Einführung einer Tourismusabgabe und eine maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer nicht ausschließen. Kleingewerbe und Mittelstand sind aufgrund großzügiger Freibeträge kaum betroffen.



## 11. Frauen, Geschlechtergerechtigkeit

Eine moderne Gesellschaft gibt es nicht ohne Geschlechtergerechtigkeit – gleiche Rechte und Verwirklichungschancen für Frauen und Männer in allen Lebensbereichen sind dafür Voraussetzung. Wir wollen mehr Frauen, die selbstbewusst ihren Karriereweg gehen. Wir wollen mehr junge Frauen, die in Hildesheim in typischen Männerdomänen und den Chefetagen arbeiten. Wir können es uns nicht erlauben, auf die Ideen, Talente und die Kreativität junger Frauen zu verzichten, sondern müssen sie durch eine gute Ausbildung fördern.

Wir meinen, die Gleichstellung von Frauen und Männern und die bessere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt sind die Voraussetzung für eine positive Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft. Auch mit Blick auf den demografischen Wandel und den Fachkräftemangel ist es notwendiger denn je, die Erwerbsbeteiligung von Frauen deutlich zu erhöhen. Die Anstrengung lohnt sich: Länder mit hohen Frauenerwerbsquoten und mit mehr weiblichen Führungskräften sind wirtschaftlich erfolgreicher. Daher verfolgt GRÜNE Frauenpolitik das Ziel, die strukturelle Benachteiligung von Frauen aufzuheben, um ihre gleichberechtigte Teilhabe an

allen gesellschaftlichen Bereichen zu garantieren. Dies gilt selbstverständlich auch für Frauen aus anderen Herkunftsländern.

### Gender Mainstreaming

Der Gedanke der Geschlechtergerechtigkeit sollte sich in allen gesellschaftlichen Strukturen wiederfinden. Wir fordern, dass alle Verwaltungsvorgänge und -entscheidungen sorgfältig und frühzeitig daraufhin überprüft werden, ob sie sich auf Frauen und Männer womöglich unterschiedlich auswirken. Insbesondere in den Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen sollte bei allen Entscheidungen bedacht werden, welche Auswirkungen für Mädchen oder Jungen zu erwarten sind. Dies soll einer Ungleichbehandlung vorbeugen und Chancengerechtigkeit fördern.

Die engagierte Mädchen- und Jungenarbeit in der Jugendpflege darf sich nicht in Projektwochen erschöpfen, sondern sie muss Bestandteil der Alltagspraxis sein, schon angefangen bei der Ausgestaltung der Jugendräume. Das Ziel ist, einseitige Rollenzuweisungen zu überwinden. Die Mittel für geschlechtergerechte Jugendarbeit wollen wir daher auch weiterhin erhalten.

### Wir wollen:

- dass Mädchen und junge Frauen besondere Förderung bei ihrer Berufswahl und Karriereplanung erhalten, um ihnen Bereiche, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, zu eröffnen. So haben wir uns für die „Koordinierungsstelle Frau und Wirtschaft“ eingesetzt, deren erfolgreiche Arbeit kontinuierlich ausgebaut werden soll.
- das Ziel verwirklichen, Führungspositionen in der Verwaltung und den Tochterunternehmen der Stadt und der Wirtschaft mit Frauen stärker zu besetzen. Dazu gehört die Frauenquote.
- die dauerhafte Finanzierung von Frauengruppen, -projekten und -initiativen, insbesondere qualifizierter Maßnahmen, die Gewalt verhindern bzw. Einrichtungen, die Mädchen und Frauen mit Gewalterfahrungen beraten.
- die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten politisch unterstützen.
- dass Frauen aus anderen Herkunftsländern gleichberechtigt am öffentlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können. Deshalb muss die strukturelle Benachteiligung von Frauen aus anderen Herkunftsländern aufgehoben und der Blick auf geschlechtsspezifische Aspekte von Frauen mit Migrationshintergrund geschärft werden. Entsprechende Unterstützungs- und Beratungsangebote müssen vorhanden sein.



## 12. Hochschulstandort

Hildesheim ist eine lebendige Hochschulstadt, gleich drei Hochschulen haben in Hildesheim ihren Standort: die Stiftung Universität Hildesheim, die Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzwinden/Göttingen (HAWK) und die Norddeutsche Hochschule für Rechtspflege, mit ihren speziellen Angeboten für die norddeutschen Bundesländer.

Gerade die Universität und die HAWK haben in den vergangenen Jahren eigenständige Profile ausgebildet. Durch ihre Aktivitäten haben sie maßgeblich dazu beigetragen, dass Hildesheim an Attraktivität und Bekanntheit gewonnen hat. Die Hochschulen sind Anziehungspunkte nicht nur für aktive, hochqualifizierte junge Menschen aus ganz Deutschland, sondern auch für Studie-

rende aus anderen Ländern, für Gasthörernde (mit 80% Seniorinnen und Senioren) und in Zukunft auch, im Rahmen der offenen Hochschule, für Studieninteressierte ohne Abitur oder Hochschulreife.

Wir GRÜNEN haben die Entwicklung und Existenz der Hochschulen in den vergangenen Jahren im Rat und in den Ausschüssen aktiv unterstützt und begleitet. Sowohl die Universität als auch die HAWK haben in den vergangenen Jahren stadtbildverändernde Um- bzw. Neubaumaßnahmen durchgeführt.

Darüber hinaus werden wir uns auch zukünftig dafür einsetzen, dass die Hochschulen umfassend in das städtische Leben integriert sind und ihr Innovationspotenzial genutzt wird.

### Wir wollen:

- eine regionale Wirtschaftspolitik, die Innovationen aus der Forschung aufgreift (neue Patente, Produkte und Dienstleistungen) und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger nutzt
- eine Sozial- und Jugendpolitik, in der Selbsthilfe-Initiativen und Projekte Chancen haben und Unterstützung finden
- eine Kulturpolitik, die neue Impulse aus den Hochschulen unterstützt
- eine Stadtentwicklung, die junge Familien, Paare, Alleinlebende, Wohngemeinschaften und Wohnprojekte gleichermaßen fördert
- eine Verkehrspolitik, die die Lebenswirklichkeit der Studierenden beachtet (z. B. durch verbesserte Radwege und Busverbindungen)

## 13. Hochwasserschutz – Innerste

Verschärft durch das sich ändernde Klima und durch den Ausbau der Flüsse bzw. die Einengung der Überschwemmungsgebiete kam es in den letzten beiden Jahrzehnten immer wieder auch in Hildesheim zu vermehrten Überflutungen. Viele Anwohnerinnen und Anwohner sind von Überflutungen und Hochwasser existentiell betroffen.

In Hildesheim sind die an der Innerste gelegenen Stadtteile und insbesondere der Bereich um Alt-Itzum betroffen.

In der Hochwasserschutzpolitik muss die Wende von der Priorisierung des technischen Hochwasserschutzes hin zum nachhaltigen und ökologischen Schutz gelingen. Dazu bedarf es Flächen, in denen sich das Hochwasser ausdehnen kann, um nicht eingeeignet bis zu den Siedlungsgebieten zu gelangen. Hierzu bedarf es sog. Re-



tentionsflächen, wie Auen und anderer natürlicher Wasserspeicher, z.B. Moore, Wälder, Wiesen und Felder in der un bebauten Landschaft, die für den Wasserrückhalt reaktiviert werden.

Bislang ist die Entwicklung eher gegenläufig. Die Fluss-Einzugsgebiete werden über immer neue Gräben oder Drainagen entwässert. Wie-

sen, Wälder, Sümpfe und Moore verlieren ihre natürliche Schwamm- und Schutzfunktion.

Wir wollen eine proaktive und an Klimafolgeanpassung und Schadensprävention orientierte interkommunale Hochwasserpolitik, die alle Gemeinden im Innerstebereich zusammenfasst und langfristige Lösungen findet.

**Wir wollen:**

- eine kommunale Zusammenarbeit zu Fragen des Hochwasserschutzes
- einen ökologischen und nachhaltigen Hochwasserschutz an der Innerste
- die Reaktivierung von natürlichen Wasserspeichern

## **14. Inklusion**

GRÜNE Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, dass alle Menschen am öffentlichen Leben teilhaben können. Die Ausgrenzung von Menschen fängt häufig schon beim Wohnen, im Straßenverkehr und in öffentlichen Räumen an. Menschliche, sprachliche, kulturelle, strukturelle und bauliche Barrieren, die ihr Leben behindern, sind zu beseitigen.

Betreute Wohnangebote müssen verstärkt gefördert werden, um geistig, psychisch und/oder körperlich behinderten Menschen ein selbstbestimmtes Leben – notfalls mit erforderlicher Unterstützung – jenseits von Heimen und Anstalten zu ermöglichen.

**Wir wollen:**

- die Beachtung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen bei Bau- und Planungsmaßnahmen, die Beteiligung betroffener Menschen an Entscheidungsprozessen, insbesondere bei Verkehrsplanungen, bei kommunalen Bauvorhaben und Gebäuden in öffentlicher Trägerschaft. Die Arbeit und Vorschläge des Behindertenbeirates wollen wir auch weiterhin unterstützen.
- uns auch weiterhin für die finanzielle Absicherung der Arbeit von KIBIS und der Selbsthilfegruppen durch die Stadt einsetzen. Die Kontakt- und Beratungsstelle KIBIS leistet eine wichtige Arbeit zur Unterstützung der Selbstorganisation von Betroffenen.
- Bordsteinabsenkungen an allen Kreuzungen. Dies nützt auch Radfahrenden und Menschen mit Einkaufshilfen und Kinderwagen. Die Ausrüstung von Ampelanlagen mit Signalton für Sehbehinderte ist ein Erfolg der GRÜNEN Ratsfraktion.
- im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs unser Augenmerk auch in Zukunft darauf legen, dass das Netz der barrierefreien Bus- und Bahnhaltstellen weiter ausgebaut wird
- die Bemühungen um Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Unterstützungsbedarf in den Bereichen geistige und körperliche Entwicklung, Sehen und Hören, Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung in Kindertagesstätten und Schulen weiterhin verstärken. Wir brauchen mehr



integrative Gruppen in Kindertagesstätten. Zur Verwirklichung des Rechtes auf inklusive Beschulung müssen bauliche Maßnahmen in Grund- und weiterführenden Schulen in Hildesheim vorgenommen und umgesetzt werden. Wir fordern für jede Schule personelle Unterstützung durch multiprofessionelle Teams, zu denen auch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter gehören.

- auch das Förderzentrum Bockfeld, das Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte und Schulen für Kinder und Jugendliche mit einem Unterstützungsbedarf in dem Bereich der sozialen und emotionalen Entwicklung als schulisches Angebot erhalten, damit für jeden der individuelle Weg zum Lernen und zum Entdecken eigener Fähigkeiten gefunden werden kann

## **15. Innenstadtentwicklung**

Wie viele andere Städte ist Hildesheim zentrumsorientiert, d.h. im Zentrum der Stadt bündelt sich u.a. der ÖPNV und der Großteil der kulturellen Angebote, auch die meisten Geschäfte, sehr viele Bildungseinrichtungen, medizinische Versorgungseinrichtungen und vieles mehr. Diese Angebote sorgen dafür, dass immer mehr Menschen in der Innenstadt wohnen und leben wollen. Aber nicht alle können dies realisieren. Zum einen fehlt es an bezahlbarem Wohnraum für Familien und finanziell Schwächere und zum anderen an Angeboten des altengerechten Wohnens. Der vorhandene Wohnraum muss in großen Teilen modernisiert und den gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst werden.

Die vorhandenen Plätze und Fußgängerbereiche müssen an Aufenthaltsqualität und Attraktivität

gewinnen. Neben attraktivem Wohnraum, Geschäften und Verkehrswegen muss die Innenstadt auch Raum für die Bevölkerung bieten, der einlädt, sich gerne dort aufzuhalten und zu verweilen. Dies können wir durch Maßnahmen, wie zum Beispiel freies WLAN, mehr Sitzmobiliar, Reduktion des Durchgangsverkehrs, Vorrang für Fußgänger an Straßenübergängen und optische Aufwertungen erreichen.

Wenn Menschen nicht nur zur Erledigung von Einkäufen, Arztbesuchen oder dem Besuch der Schule, Hochschule oder dem Aufsuchen des eigenen Arbeitsplatzes in die Innenstadt kommen, sondern dort hin wollen, weil es angenehm ist, sich dort aufzuhalten, hat GRÜNE Politik ihr Ziel erreicht.

### **Wir wollen:**

- menschengerechte Straßenübergänge
- modernen, bezahlbaren Wohnraum
- mehr kostenlose Sitzmöglichkeiten auf den Innenstadtplätzen
- Plätze mit hoher Verweilqualität
- freies WLAN in der Innenstadt
- die Verbesserung des Wohnumfeldes

## 16. Jugend

Hildesheim ist eine junge, dynamische und grüne Stadt. Die GRÜNEN in Hildesheim möchten sich dafür einsetzen, dass dies auch so bleibt. Wir möchten jungen Menschen ein umfangreiches Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebot bieten, um das Leben in Hildesheim auch in Zukunft lebenswert zu machen.

Es gibt eine Vielzahl von Grünflächen in der Stadt, die von Vielen auch genutzt werden. Um die Nutzung dieser Parks weiterhin zu unterstützen, möchten wir kostenlose Verleihstellen für Spiel- und Sportgeräte, z.B. Frisbees, Springseile und Fußbälle einrichten, sodass alle die Möglichkeit haben, spontan aktiv zu werden! Des Weiteren sollen noch mehr Flächen zum legalen Spraysen ausgewiesen werden, um künstlerischen Menschen weiterhin zu ermöglichen, ihrer Kreativität freien Lauf lassen zu können.

### Wir wollen:

- die finanzielle Förderung schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit (z.B. Planspiele und Projekte zur politischen Bildung, Umweltschutz, Ernährung, Drogen, Verhütung)
- die Einrichtung von Spiel- und Sportgeräteverleihstellen an öffentlichen Parks
- die Freigabe und Instandhaltung von Flächen zur offiziellen Nutzung als Sport- und Jugendflächen
- die Entwicklung einer Informationsplattform zu Freizeit- und Kulturangeboten
- mehr offizielle Flächen zum Spraysen

## 17. Klimawandel

Der Klimawandel betrifft uns alle und wird, wenn der Ausstoß von Kohlendioxid in den nächsten Jahren nicht deutlich verringert wird, zu dramatischen globalen Veränderungen führen. Insbesondere durch eine Verminderung des Energieverbrauchs wird die Freisetzung des Treibhausgases CO<sub>2</sub> reduziert. Hier bieten die verbesserte Wärmedämmung an Gebäuden, höhere Energieeffizienz durch Kraft-Wärme-Kopplung, regenerative und CO<sub>2</sub>-neutrale Energiequellen wie Solarenergie, Wasserkraft und Biomasse und eine Verminderung des Verkehrs-

Obwohl die Stadt Hildesheim eine große Anzahl an weiterführenden Schulen unterhält, deren Aufgabenbereich auch die Persönlichkeitsentwicklung und Erziehung zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern umfasst, kommt dies leider oft im stressigen Schulalltag zu kurz. Gerade in einer freiheitlichen Demokratie ist es jedoch umso wichtiger, dass bereits die Jugend an politische und gesellschaftliche Prozesse herangeführt wird. Aus diesem Grund wollen wir noch stärker die schulische und außerschulische Bildungsarbeit fördern, um Planspiele zur politischen Bildung sowie Aufklärungsprojekte, z.B. in Bezug auf Verhütung, Drogen, Umweltschutz oder auch gesunder Ernährung, zu ermöglichen!

Die Jugend sollte es uns wert sein!

aufkommens gleich eine ganze Reihe von Möglichkeiten, durch regionale Maßnahmen den Klimaschutzziele näher zu kommen. Diese Maßnahmen können von regionalen Firmen ausgeführt werden und sind so auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Stadt und die Region.

Neben der Verminderung der CO<sub>2</sub>-Freisetzung führt auch eine vermehrte CO<sub>2</sub>-Speicherung durch Pflanzen zu einer Verbesserung der Situation. Darum fordern wir eine „grüne Stadt“ mit einheimischen und standortgerechten Pflanzen,

wo immer das möglich ist, und die Erhaltung und den Schutz der städtischen Wälder als CO<sub>2</sub>-

Puffer.

**Wir wollen:**

- die Umsetzung weiterer erforderlicher Energiesparmaßnahmen an allen öffentlichen Verwaltungsgebäuden
- die Schaffung und den Betrieb von mehr Blockheizkraftwerken durch die Stadtwerke für neue Wohngebiete, wie das Mackensen-Gelände
- Ökostrom für alle öffentlichen Gebäude
- den weiteren Ausbau der Erzeugung von eigenem Strom aus regenerativen Quellen durch die Stadtwerke, um die positive Entwicklung zu mehr ökologisch erzeugter Energie deutlich zu verstärken

## **18. Kultur**

Nicht erst das Jubiläumsjahr 2015 hat gezeigt, wie reichhaltig, vielfältig und qualitativ hochwertig das Kulturangebot unserer kleinen Großstadt ist. In besonderem Maße haben traditionelle und freie Kultureinrichtungen im vergangenen Jahr nicht nur in eigenen Projekten, sondern auch gemeinsam, Hildesheim überregional als kulturellen Standort etabliert.

Diese Leistung und Synergien mit zu verstetigen und die Zusammenarbeit weiter zu unterstützen und zu fördern, ist ein großes Anliegen von uns GRÜNEN. Uns liegen das TfN, die Museen, Bibliotheken, Kantoreien, der Kulturring, die Musikschule u.v.m. als klassisch traditionelle Einrichtungen dabei genauso am Herzen wie die gewachsene freie Kulturszene mit verschiedenen Theatergruppen, dem TPZ, dem Theaterhaus, dem Cyclus 66, der Kulturfabrik, der Jazztime, dem Trillke e.V. etc.

Konzepte und Pläne für mögliche Großprojekte, wie die Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2025, werden wir GRÜNEN kritisch begleiten.

Wie bereits seit Einführung des Entschuldungsvertrages, setzen wir uns weiterhin für eine größtmögliche Förderung der freien Kulturlandschaft ein. Der sogenannte „Reptilienfond“ soll als formal freiwillige Leistung auch zukünftig nicht den Sparzwängen zum Opfer fallen.

Die Förderung der Kunst und Kultur durch die Öffentliche Hand, Stiftungen und Privaten unterstützt maßgeblich unser breites Kulturleben. Wir GRÜNEN werden uns weiterhin für Transparenz in den Möglichkeiten der öffentlichen Kulturförderung einsetzen.

**Wir wollen:**

- den Dialog zwischen Politik und Kultur fördern
- die finanzielle Förderung der vielfältigen Kulturszene durch die Stadt auch in Zeiten des Entschuldungsvertrages weiterhin erhalten
- den Prozess um die Bewerbung Hildesheims als Kulturhauptstadt konstruktiv-kritisch begleiten. Allerdings stellen wir klar, dass es keine kommunale Finanzierung für die Bewerbung geben darf. Der Weg zu einer offiziellen Bewerbung kann für uns nur über eine Bürgerbefragung gehen.



## 19. Lärm und Luftverschmutzung

Lärm und Luftverschmutzung machen krank. Je höher die Belastung durch Straßenverkehr und die Konzentration von Wohnraum an großen Durchgangsstraßen ist, umso größer wird die Anzahl der Menschen, die betroffen sind. Diese Erkenntnis haben nicht nur wir GRÜNEN, sondern u.a. auch die Europäische Union. Nicht zuletzt aus diesen Gründen gibt es eine EU-Richtlinie, deren Sinn es ist, „schädliche Lärmbeeinträchtigungen zu verhindern, ihnen vorzubeugen oder sie zu mindern“. Diese Richtlinie ist der Anlass für die Erstellung eines Lärmaktionsplans gewesen. Im Anschluss daran wurden unter Beteiligung politischer Vertretungen Maßnahmen zur Lärmreduktion erarbeitet und diese im Stadtrat als Lärmaktionsplan beschlossen. Alle Maßnahmen sind im Einklang mit dem Integrierten Verkehrsentwicklungsplan, dem der Rat der

Stadt Hildesheim am 15.11.2010 zugestimmt hat. Ziel des damaligen Entwicklungsplans war es, den umweltfreundlichen Verkehr zu fördern und so den Anteil von Nutzern des ÖPNV, von Radfahrenden und Fußgängerinnen und Fußgängern im Gegensatz zum Anteil der Kfz-Nutzenden zu erhöhen.

Sowohl der Integrierte Verkehrsentwicklungsplan als auch der Lärmaktionsplan haben die Menschen und die Umwelt im Fokus und sorgen mit ihren Maßnahmen dafür, dass Hildesheim nicht nur attraktiver und lebenswerter wird, sondern bis zu einem gewissen Grad auch gesünder. Unser Ziel ist es, die Maßnahmen, die ursprünglich von allen Fraktionen des Rates beschlossen wurden, gegen die Widerstände von Stadtverwaltung und anderen Fraktionen umzusetzen.

### Wir wollen:

- die Reduzierung von Lärm und Luftverschmutzung
- eine Erhöhung der Anzahl der Radfahrenden und Fußgängerinnen und Fußgänger
- mehr Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV durch Steigerung der Attraktivität

## 20. Mackensen-Gelände

Insbesondere das neu zu erschließende Wohngebiet auf dem Gelände der ehemaligen Mackensen-Kaserne muss, so wie es auch der Entwurf des städtebaulichen Wettbewerbes vor-

sieht, mehrere Kriterien von modernen, menschengerechten Wohnformen mindestens erfüllen.

### Wir wollen:

- eine dezentrale Energieversorgung
- die Einhaltung hoher Energieeinsparstandards bei den Häusern
- einen Zugang zur Oststadt für Fußgängerinnen und Fußgänger, sowie Radfahrerinnen und Radfahrer
- einen deutlichen Anteil (mindestens 30%) an bezahlbarem Wohnraum
- den Erhalt des zentralen Platzes, wie im Entwurf vorgesehen
- die Ausweisung der Nebenstraßen als Spielstraßen
- eine direkte Rad- und Fußweganbindung zur Goslarschen Landstraße und zur Kita

- die Ausweisung von Flächen für alternative Wohnformen, wie WGs für Seniorinnen und Senioren und inklusive Wohnangebote
- einen neuen Namen für das Gelände

## **21. Menschen im Alter**

Ziel der GRÜNEN ist es, dass alle Menschen auch im Alter ein würdiges und selbstbestimmtes Leben führen können. Hierfür brauchen wir bedarfsgerechte Service- und Unterstützungsangebote und eine „lebendige Vielfalt im Quartier“.

Die Lebensphase „Alter“ ist bunt – sie birgt gleichermaßen Herausforderungen als auch Chancen. So steht der möglichen Hilfe- und Pflegebedürftigkeit ein großes Potenzial an Wissen und Lebenserfahrung der Älteren gegenüber. Angesichts der demografischen Entwicklung müssen wir vor Ort auf beides reagieren: Gemeinsam mit den Bürgern und Bürgerinnen und professionell Tätigen möchten wir uns für ein Hildesheim stark machen, in dem ältere Menschen eine umfassende Teilhabe genießen können und sich als selbstverständliche Mitgestaltende des Gemeinwohls verstehen können.

Damit ältere Menschen so lange wie möglich zu Hause leben bleiben können, braucht es die entsprechenden Angebote in möglichst unmittelbarer Umgebung. Aktive Stadtteilzentren mit Einkaufsgelegenheiten, wichtigen Dienstleistungen und Freizeitmöglichkeiten spielen für uns eine besondere Rolle. Wir wollen eine „lebendige Vielfalt im Quartier!“

Benötigen ältere Menschen Pflege, werden diese überwiegend von ihren Angehörigen betreut.

### **Wir wollen:**

- eine Teilhabe- und Mitgestaltungskultur für ein inklusives Leben in Hildesheim auch im Alter, u.a. durch Förderung vielfältiger Formen des bürgerschaftlichen Engagements
- den Erhalt und Ausbau des Serviceangebotes für älteren Menschen in Hildesheim, z.B. zur Wohnanpassung und Vermittlung von Hilfen und praktischer Unterstützung
- die Stärkung der stationären Pflegeeinrichtungen als integrierte Bestandteile der jeweiligen Wohnviertel

Letztere brauchen dafür ein stützendes Umfeld: Professionelle Dienste und Einrichtungen, welche z.B. Kurzzeit- oder Tagespflege anbieten, sind genauso wichtig wie das Entgegenkommen des Arbeitgebers und nicht zuletzt die helfenden Hände aus der Nachbarschaft. Hildesheim braucht diese Hilfen und muss ihren Ausbau ermöglichen und fördern.

Stationäre Pflegeeinrichtungen sind ein wichtigen Baustein für die Versorgung schwerpflegebedürftiger und demenziell erkrankter Menschen. Damit der Umzug in ein Heim nicht zur vollständigen Entwurzelung führt, braucht es den wechselseitigen Bezug zum Wohnquartier und das soziale Engagement der Bürger und Bürgerinnen. Kleinteilige Wohngruppen sollen zukünftig das bestehende Angebot ergänzen und bekommen von uns entsprechende Unterstützung.

Das Ende des Lebens in Würde verbringen zu können und frei von unnötigem Leid zu sein, ist ein zentraler Wunsch des Menschen und eine große Herausforderung für sein soziales Umfeld. Wir möchten uns für die einsetzen, die hier ihre Unterstützung anbieten, und engagieren uns für Hospize und ambulante palliative Dienste.

- die Förderung bedarfsgerechter Angebote für Menschen mit Demenz etc., wie z.B. ambulante Wohngruppen im Quartier
- die Unterstützung der lokalen Hospizbewegung und den Ausbau palliativer Dienste

## **22. Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge**

Die Zuflucht von Menschen, die vor Bürgerkrieg und Vertreibung fliehen, ist kein neues Phänomen: Heimatvertriebene, Gastarbeiterfamilien, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und die große Zahl von Geflüchteten aus den 90-ern: Sie alle leben heute unter uns, arbeiten, lernen, feiern – sie machen die Vielfalt unserer Stadt aus.

Neu ist, dass innerhalb kurzer Zeit so viele Menschen nach Hildesheim kommen, viele darunter mit guter Vor- und Ausbildung, viele aber auch ohne diese, alle mit dem Wunsch, schnell die deutsche Sprache erlernen zu können. Das stellt uns vor ganz besondere Herausforderungen. Diese lösen wir mit dem nötigen Verantwortungsbewusstsein, frei von Angst.

Unsere Verwaltung, die Feuerwehren, die Wohltätigkeitsorganisationen, die Kirchen und andere

Glaubensgemeinschaften, die Polizei und viele andere leisten gemeinsam mit einer großen Zahl von Freiwilligen Herausragendes, um die Aufgaben anzugehen. Sie zu unterstützen ist Kernaufgabe der Stadtpolitik, damit Hildesheim vorbildlich mit diesen neuen Aufgaben umgeht.

Wir GRÜNEN stehen zur Solidarität mit den Geflüchteten und zum Grundrecht auf Asyl. Die Stadt Hildesheim kann nicht die globalen politischen Probleme lösen, aber sie kann dazu beitragen, dass sich die Menschen, die zu uns kommen, willkommen fühlen und ermutigt werden, an unserer Gesellschaft teilzuhaben. Wir werden den Beirat für Migration und die Integrationsleitstelle in ihrer Arbeit unterstützen und stärken.

### **Wir wollen:**

- weiterhin Geld für Flüchtlingssozialarbeit bereitstellen
- die Pflege und Unterstützung von Netzwerken, die sich um die Integration der Zugewanderten kümmern
- eine dezentrale Unterbringung der Menschen mit Aufenthaltsstatus
- dass Projekte der Stadt- und der Kreisverwaltung, wo nötig, soweit abgestimmt werden, damit Geflüchtete einen Service aus einer Hand bekommen können
- die Verwaltung der Stadt darin bestärken, weiterhin alle Ermessensspielräume zu nutzen, die einen humanen Umgang mit Geflüchteten ermöglichen
- dass die beispielhafte Arbeit des Asyl e.V. in Kooperation von Stadt, Landkreis und Land so finanziert wird, dass das Angebot an Beratung, Begleitung, Bildung und beruflicher Förderung für Migrantinnen und Migranten unabhängig von ihrem Aufenthaltstitel langfristig bestehen kann.



## 23. Nordumgehung

Seit mehreren Jahrzehnten ist eine vierspurige Umgehungsstraße, die Himmelsthür zwischen dem Anschluss an die B1 im Westen und der Mastbergstraße im Osten nördlich umfahren soll, in Planung. Da diese das Naturschutzgebiet Lange Dreisch und Osterberg durchschneidet, wertvollste Natur zerstört oder erheblich beeinträchtigt und den Norden des Ortsteils verlärmte, gab es etliche Klagen durch alle gerichtlichen Instanzen. Auch die Europäische Instanz hat den Weg für die Nordumgehung nicht frei gemacht.

Zuletzt wurde als sogenannte Alternative eine Streckenführung südlich des Naturschutzgebietes, direkt an den nördlichen Wohngebieten Himmelsthürs, ins Gespräch gebracht. Diese wird

nun nicht mehr nur von uns Grünen und den Naturschutzverbänden abgelehnt, sondern auch von großen Teilen anderer Parteien Hildesheims. Dies stimmt uns zuversichtlich, dass unser Ziel, die Verhinderung der Nordumgehung, Wirklichkeit wird.

Denn egal ob quer durch das Naturschutzgebiet oder direkt an der Wohnbebauung, was dieses Projekt nicht erreicht, ist eine Entlastung der Innenstadt – und dafür war es ursprünglich geplant.

Die Nordumgehung Himmelsthür, egal in welcher Variante, ist klimaschädlich, naturzerstörend, teuer und überflüssig.

### Wir wollen:

- eine Einstellung der Planungen der Nordumgehung in bisheriger Form
- keine Verkehrsführung nördlich von Himmelsthür und stattdessen Prüfung alternativer Planungen zur Ertüchtigung der Münchwiese für den Fernverkehr einschließlich verbesserter Radwegführung und Fußgängerquerung

## 24. Öffentlicher Personennahverkehr

Bequemes Reisen, klimafreundliche Mobilität, gute Anbindungen - für all dies steht der öffentliche Verkehr der Zukunft.

Der besonders umweltfreundliche und weitgehend umwelteffiziente öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist seit Jahrzehnten Rückgrat der Mobilität in Hildesheim. Wer seine Attraktivität steigern will, muss jetzt Weichen richtig stellen.

Die Ergebnisse der schon vorliegenden Verkehrsuntersuchungen für Hildesheim sollen zügig und konsequent umgesetzt werden. Dabei sind auch kombinierte Verkehrsangebote (Fahrrad/Bus/Bahn) einzubeziehen.

Der ÖPNV soll kommunal bleiben und somit Arbeitsplätze gesichert werden.

### Wir wollen:

- eine bedarfsorientierte Verbindung aller Stadtteile mit- und untereinander
- die Abstimmung der Takte zwischen Bahn und Bus
- den Bahnhof als Mobilitätsdrehscheibe - auch für die Fernbusse
- die Gültigkeit des Niedersachsentickets auch für den Hildesheimer Nahverkehr

## 25. Rechtsextremismus

Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit beginnen vor der eigenen Wohnungstür und haben häufig nicht immer mit brauner Ideologie zu tun, sondern resultieren aus der Angst vor dem Anderen. Hier muss früh angesetzt werden. Daher müssen wir darauf achten, dass schon in Kindertagesstätten und Schulen das Verständnis und die Toleranz gegenüber dem Ungewohnten gefördert werden. Auch sollte eine andere Sprache oder ein anderes Aussehen nicht zum Ventil von Vorurteilen und Aggressionen werden. Integration darf aber nicht nur in den Institutionen stattfinden, sondern muss von einer offenen Gesellschaft gelebt werden. Das heißt auch, dass nicht weggeschaut werden darf, wenn Menschen aufgrund von Nationalität oder Religion beleidigt oder bedroht werden. Besonders wichtig bei der Verhinderung eines breiten rechtsextremen Spektrums ist die Organisation einer demokratischen Jugendkultur.

In Hildesheim hat es in den letzten Jahren immer wieder Aktivitäten und Demonstrationen von organisierten Rechtsextremisten gegeben. Anlässlich der Demonstrationen hat sich in Hildesheim ein breites Bündnis aus Kirchen, Vereinen, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften und vielen Einzelpersonen dagegen positioniert.

### **Wir wollen:**

- eine lebendige Erinnerungskultur
- in den Schulen regelmäßige Angebote zur Prävention gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, finanziert durch einen gemeinsamen Fonds von Stadt und Landkreis und durchgeführt mit Hilfe von in Niedersachsen vorhandenen Beratungsstellen
- Hildesheim weiterhin nicht als Aufmarschgebiet für rechtsradikale Gruppierungen

## 26. Soziales

Die großen Weichen für die Sozialpolitik werden durch Bundesgesetze gestellt. Dies beinhaltet die Frage der sozialen Grundsicherung ebenso wie z. B. Gesundheitssicherung, Pflege und Arbeitsmarktpolitik. Dennoch werden das soziale

Aufgrund steigender Flüchtlingszahlen hat die Agitation mit rechtsextremem und fremdenfeindlichem Hintergrund stark zugenommen. Dies geht bis in die Mitte unserer Gesellschaft. Gruppierungen wie die AfD versuchen hier geschickt anzuknüpfen.

Hier muss eine sachliche Debatte über Chancen und Schwierigkeiten stattfinden.

Aber zugleich muss es auch eine klare Abgrenzung zu Positionen geben, die von Pegida, AfD und anderen Extremisten propagiert werden.

Wir brauchen eine Ächtung rechtsradikaler Gesinnungen und Gewalttaten und fühlen uns aus unserer Geschichte heraus verpflichtet, uns für dieses Ziel zu engagieren. Wir GRÜNE setzen uns für eine lebendige Erinnerungskultur ein, die über die Shoa und den Nationalsozialismus aufklärt und Lehren daraus für die Gegenwart und die Zukunft zieht. Um rechten Ideologen das Wasser abzugraben, müssen die Kommunalparlamente Verantwortung übernehmen.

Dieses Anliegen muss von allen gewählten Repräsentanten aktiv unterstützt werden. Auch kommunale Parlamente wie der Stadtrat können den zivilen Widerstand unterstützen, sei es durch Mittelzuwendungen oder politisch.

Zusammenleben und die praktische Solidarität in den Kommunen organisiert.

Projekte wie „Soziale Stadt“ sind nicht nur städtebauliche Stadtteilerneuerungs-Programme, sondern sie gestalten auch das soziale Leben in

den Stadtteilen. Daher machen wir GRÜNEN uns für die „Soziale Stadt“ stark und setzen uns für die Fortführung weiterer Projekte im Stadtfeld und in der Nordstadt ein. Mit wenig Geld kann hier nachhaltig viel für die Menschen in den Stadtteilen erreicht werden. Das Beispiel der Gemeinwesenarbeit Nordstadt.Mehr.Wert hat gezeigt, wie sich mit verhältnismäßig geringem finanziellen und personellen Aufwand ehrenamtliches Engagement aktivieren lässt. Diese Aktivierung wollen wir in allen Stadtteilen nutzen und deshalb das Stadtteilmanagement ausbauen. In direkter Kooperation mit den Ortsräten können diese Stellen vielfältige Projekte in den Quartieren koordinieren und so zu einer lebendigen Kommunaldemokratie beitragen

Die Absicherung und Sicherstellung der Stadtteilarbeit durch personelle Kontinuität in den Kinder- und Jugendzentren bzw. Stadtteiltreffs, in den Familienzentren sowie der Streetworker-Stellen sind eine kommunale Aufgabe, der sich die Stadt weiterhin stellen muss und für deren Erhalt wir uns weiterhin einsetzen und die wir ausbauen wollen. Wir unterstützen und fördern Projekte wie das Rucksackprojekt in den Kindertagesstätten, weil es der Integration und der Förderung von Bildungsbewusstheit von Familien mit Migrationsgeschichte dient.

Wir begrüßen und unterstützen das Migrant\*innen-ElternNetzwerk, das die Bildungssituation der Kinder und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte verbessern will. Denn investiertes Geld an solchen Stellen bedeutet nachhaltiges Sparen!

Für die soziale und kulturelle Teilhabe derjenigen, die unterhalb der relativen Armutsgrenze leben, müssen kreative Wege gegangen werden.

#### **Wir wollen:**

- Stadtteilarbeit unterstützen und erhalten, wie z.B. Mehr.Wert.Nordstadt
- die Fortführung des Verhütungsfonds
- eine Erweiterung des Angebots der Hildesheimer Sozialkarte (Glückscard)
- die Einführung eines Sozialtickets beim SVHi

Wir haben nun die Hildesheimer Sozialkarte (Glückscard) für Kinder und Jugendliche und setzen uns dafür ein, dass diese erhalten bleibt und ihre Angebote erweitert werden. Die Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV (analog zum Seniorinnen- und Seniorenticket) wird von uns ebenfalls unterstützt.

Hildesheim verfügt über ein gut ausgebautes Netz an Sozial- und Beratungsstellen. Die dort von der Stadt übernommenen Aufgaben helfen beim Konsolidieren. Wir wollen dieses Netz erhalten, pflegen und erweitern.

Um Arbeitslosen eine unabhängige unterstützende Beratung zu ermöglichen, wollen wir weiterhin einen kommunalen Zuschuss für die Beratungsstelle für Arbeitslose erreichen.

Ebenfalls unterstützen wir die Ausgabe von Essen und Lebensmitteln an Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne entwürdigende Kontrollen.

Seit dem Jahr 2004 werden nicht verschreibungspflichtige Leistungen für Versicherte, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch erhalten (ALG II und Grundsicherung) und älter als 20 Jahre sind, von den gesetzlichen Krankenkassen nicht mehr übernommen. Daher müssen alle Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, die Kosten für Verhütung selbst tragen, wohingegen Schwangerschaftsabbrüche nach Konfliktberatung und mit Beratungsschein von den Ländern finanziert werden. Wir haben erreicht, dass in den Haushalt der Stadt Hildesheim ein Sonderfonds für die Finanzierung von dauerhaften Verhütungsmitteln für Empfängerinnen von existenzsichernden Leistungen eingestellt wurde. Wir werden auch in Zukunft fordern und dafür sorgen, dass einkommensschwache Frauen in Hildesheim nicht benachteiligt werden.

- Beratungsstellen erhalten
- die Bildung eines Netzwerks gegen Kinderarmut auf kommunaler Ebene unterstützen

## 27. Sport

Sport hält fit, er ist damit ein wichtiger Bestandteil eines gesunden Lebens und stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl. Hildesheim hat eine große und vielseitige Sport- und Vereinslandschaft. Sport ist für uns ein wichtiger Baustein für ein gesundes und aktives Leben. Zudem besitzt der Sport im Verein eine hohe Integrationskraft und ist eine der besten Formen der Präventionsarbeit im Kinder- und Jugendbereich. Daher wollen wir den Vereinssport fördern. Zudem wollen wir die Vereine ermutigen, sich dem Wandel der Gesellschaft zu öffnen und anzupassen. Eine immer älter werdende Bevölkerung

fordert auch immer mehr neue Angebote für Menschen jeden Alters. Doch auch der vereinungebundene Sport nimmt einen immer größeren Stellenwert im Leben der Menschen ein. Daher wollen wir uns auch dafür einsetzen, dass Sportanlagen auch ohne Vereinszugehörigkeit genutzt werden können. Vor dem Hintergrund der katastrophalen finanziellen Situation der Stadt müssen wir die Mittel der öffentlichen Zuwendungen auf die Vereine konzentrieren, die zukunftsfähig sind, und ein attraktives Angebot für die Menschen vor Ort bereitstellen.

### Wir wollen:

- eine konzeptionelle Jugend- und Migrationsarbeit anbieten
- uns aktiv in die Gestaltung der Ganztagsbetreuung an Schulen einbringen
- die Sportangebote unterstützen, d.h. den organisierten und nicht organisierten Sport fördern (Trendsportarten, offene Sporttreffs)
- die Sportausübung klimafair, naturverträglich und umweltfreundlich gewährleisten
- nachhaltige Sportpolitik betreiben

## 28. Streetwork

GRÜNE Kommunalpolitik setzt sich für die gesellschaftliche Teilhabe aller ein.

Auch die Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Drogen- oder Alkoholproblemen brauchen Plätze, an denen sie sich treffen können.

Um Trinkgelage mit Störungen von Anwohnerinnen und Anwohnern zu vermeiden, ist es wichtig, dass sich alle für das Gemeinwohl verantwortlich fühlen. Diesem Ziel kann man durch sinnvolle Aufgaben und gegenseitige Wertschät-

zung näher kommen. Hier sind in letzter Zeit bereits Erfolge erzielt worden.

Zur Lösung der Probleme mit der „Trinkerszene“ z.B. in der Wallstraße hat es gute Ansätze und auch Fortschritte gegeben. So konnte den Menschen z.B. in Zusammenarbeit mit der Drogenhilfe - motiviert und begleitet durch Streetworkerinnen und Streetworker - die Gelegenheit gegeben werden, sich am Gemeinwesen zu beteiligen, etwa durch das Sammeln von Müll.



Wir wollen uns weiter dafür einsetzen, dass diese Möglichkeiten fortbestehen und ausgebaut werden. So wollen wir Projekte unterstützen,

**Wir wollen:**

- die Weiterbeschäftigung einer Streetworkerin/eines Streetworkers
- eine gute Zusammenarbeit mit den sozialen Beratungsstellen und der Verwaltung

z.B. das Neuanlegen und Pflegen von Beeten mit Nutzsträuchern im Stadtgebiet.

## **29. Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz**

Der Schutz von Umwelt, Natur und Landschaft ist nicht nur ein traditionell GRÜNES Thema, sondern gerade in Zeiten der niedrigen Zinsen, der Ausweisung neuer Baugebiete und der knappen Haushaltsmittel zur Grünflächenpflege ein topaktuelles.

Die Gründe und die rechtlichen Hürden zur Einrichtung von Umwelt-, Natur- oder Landschaftsschutzgebieten sind unterschiedlich, ihre Zielsetzungen sind aber gleich. Es geht um den Schutz und Erhalt für nachfolgende Generationen. Diese Ziele dürfen wir nicht leichtfertig aufweichen oder aufgeben.

Bedingt durch die Niedrigzinspolitik und die demografische und gesellschaftliche Entwicklung, dadurch dass innerstädtisches und stadt-

nahes Wohnen immer attraktiver werden und dem Wunsch nach immer größeren Gewerbegebieten, steigt der Druck, Schutzgebiete für die Erschließung von Baugebieten aufzugeben. Dies zu verhindern oder zumindest kritisch zu begleiten, ist unsere Aufgabe. Auffällig ist, dass seit einiger Zeit in Hildesheim kleinere Baugebiete eröffnet werden, die keinem abgestimmten Entwicklungsplan folgen. Hier gilt es von der Stadtverwaltung planvolles, umwelt- und naturschonendes Vorgehen und angemessene Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung einzufordern.

Dieses sollte sich nicht auf die Einrichtung von Baugebieten beschränken, sondern auch bei der Erarbeitung und Umsetzung von Modernisierungs-, Verkehrs- oder Energiekonzepten Berücksichtigung finden.

**Wir wollen:**

- eine weitere Sensibilisierung und Transparenz der Stadtverwaltung beim Thema Grünflächen- und Baumpflege
- die Schaffung großer, naturnaher Ausgleichsflächen bei Baugebieten
- die Förderung der biologischen Vielfalt

## **30. Verbraucherinnen- und Verbraucherberatung**

Unkrautvernichter in Nahrungsmitteln, Datenmissbrauch im Internet, fragwürdige Versicherungsverträge oder unseriöse Produktvermarktungsstrategien machen deutlich, dass ein umfangreiches Beratungsangebot in Sachen Verbraucherschutz dringend notwendig ist. In Hildesheim fehlt seit Jahren ein Angebot von Fach-

und Einzelberatungen sowie einer kritischen Auseinandersetzung mit der jeweils aktuellen Thematik. Stattdessen wurde nach einer vom Hausfrauenbund bis 2001 ehrenamtlich betriebenen und von der Stadt geförderten Beratungsstelle ab 2006 eine Infothek mit Broschüren in der Stadtbibliothek eingerichtet. Auch diese

Informationsmöglichkeit ist jedoch seit Mai 2012 wieder geschlossen.

Wir fordern deshalb die Einrichtung einer professionellen Hildesheimer Verbraucherberatung. Sinnvoll umsetzbar wäre dies zum Beispiel als eine Zweigstelle der Verbraucherzentrale Niedersachsen (VZN) mit mindestens zwei Beratungstagen pro Woche. Die VZN ist ein erfahrener Beratungsträger, der auf Basis eines dem

Anforderungsprofil einer Großstadt genügenden Potentials hier sehr gut die Beratung durchführen könnte.

Zur Sicherstellung der Finanzierung kann auf gestiegene Zuschüsse durch das Land Niedersachsen zurückgegriffen werden. Zudem ist die Zusammenarbeit mit dem Landkreis und gegebenenfalls mit den in der Region bereits vorhandenen Energieberatungsstellen zu suchen.

**Wir wollen:**

- die Schaffung einer professionellen Hildesheimer Verbraucherberatung

### **31. Vorfahrt für umweltfreundlichen Verkehr**

Wir GRÜNE werden uns auch in den nächsten fünf Jahren dafür einsetzen, dass der Anteil der Menschen, die sich umweltschonend fortbewegen wollen – sei es zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem Bus oder per Carsharing –, diese Möglichkeit erhalten und schnell mit diesen Verkehrsmitteln unterwegs sein können.

Wir tun dies, weil auf diesem Weg unterschiedliche und wichtige Ziele erreicht werden können:

Wir haben uns im Luftreinhalteplan von 2008 das Ziel gesetzt, die Feinstaubbelastung im Stadtgebiet einzuschränken.

Im Integrierten Verkehrsentwicklungsplan haben wir beschlossen, dass die Durchgangsverkehre aus den Stadtvierteln zu Gunsten eines lebenswerten Umfeldes auf die großen Hauptachsen verlagert werden.

Im Lärmschutzaktionsplan haben wir Maßnahmen zum Schutz der Anlieger großer und ver-

kehrsreicher Straßen beschlossen, die auf eine Temporeduzierung der motorisierten Verkehrsmittel hinauslaufen.

Der Bahnhof und der ZOB, sowie die neue Fahrradstation sind gute Ansätze zur Koordinierung der umweltfreundlichen Verkehre. Hier muss in den nächsten Jahren der Bedarf an Fahrradplätzen angepasst und erweitert werden und das Umsteigen von einem Verkehrsmittel auf ein anderes, sowie die Anpassung der Takte weiterhin Ziel grüner Verkehrspolitik sein.

Diese Maßnahmen gilt es umzusetzen. Die 300.000 € jährlich für den Ausbau des Radverkehrs, die Rot/Grün in den letzten Jahren in den Haushalt eingebracht hat, sind trotz knapper Finanzmittel hierfür ein klares Signal. Diese Mittel müssen auch in Zukunft gesichert werden.

**Wir wollen:**

- die Förderung der umweltfreundlichen Verkehrsmittel mit 300.000 € für den Radverkehr und 100.000 € zur Umsetzung des Integrierten Verkehrsentwicklungskonzeptes konsequent fortsetzen
- den Hauptbahnhof und den ZOB als Drehscheibe umweltfreundlicher und intelligenter Mobilität weiter entwickeln und den Wechsel der Verkehrsmittel und deren Taktung untereinander anpassen

- in den Wohnquartieren den Lärm, Schmutz und Feinstaub durch Tempoauflagen und Verkehrswiderstände reduzieren

## **32. Wald**

Neben den Grünflächen und Parks im Stadtgebiet ist Hildesheim in Teilen von Waldflächen umgeben. Etwa 700 ha sind im Besitz der Stadt und werden in ihrem Auftrag bewirtschaftet.

Bundesweit haben sich im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte die Ansprüche, die Wahrnehmungen und die Anforderungen an einen Wald aus Sicht der Bevölkerung geändert. Nicht zuletzt durch unsere politische Arbeit und das Festhalten an unseren Kernthemen wird die Funktion des Waldes als Wirtschaftswald zunehmend abgelöst durch die Bedeutung als Erholungswald.

Dieser Wandel muss auch in Hildesheim stärker forciert und vollzogen werden. Zwar sind Teile der Waldflächen als Vogelschutzgebiete geschützt, doch geschah das nicht aus freien Stücken, sondern aufgrund eines Erlasses der EU. Den Wert und die Bedeutung des Waldes, gerade in Siedlungsnähe, als (Nah-) Erholungsgebiet und als Natur- und Klimaressource gilt es gegenüber der Stadt als Besitzerin einzufordern. Der Stadtwald soll „nicht der Sicherung von

Absatz und Verwertung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse“ (Bundesverfassungsgericht 1990) dienen. Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung der von der Bundesregierung 2007 beschlossenen nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. Hierzu zählt u.a. die Herausnahme von 10% der Waldflächen aus der forstwirtschaftlichen Nutzung, stärkere Fokussierung auf standortheimische Baumartenzusammensetzungen und der Erhalt von alten Bäumen. Darüber hinaus soll eine naturverträgliche und zurückhaltende Waldbewirtschaftung die jetzige Praxis ablösen. Der Einsatz von Maschinen, die den Waldboden und angrenzende Bäume schädigen, soll verboten und die Bewirtschaftung in Siedlungsnähe, wie z.B. im Steinberg minimiert werden.

Neben der Umsetzung unserer Forderungen ist unser Ziel ein Umdenken und eine Offenheit bei den Menschen zu erreichen, die für den Wald zuständig sind.

### **Wir wollen:**

- eine naturverträgliche, schonende Bewirtschaftung des stadtnahen Waldes
- eine dauerhafte Herausnahme schützenswerter Waldflächen aus der forstwirtschaftlichen Nutzung
- den Wald als unsere "grüne Lunge" Naherholungsgebiet und Kulturgut erhalten und nicht nur als Wirtschaftsfaktor sehen
- die Nutzung der städtischen Waldflächen vom Wirtschaftswald zum Erholungswald ändern



### 33. Wirtschaftsförderung

Allein das Ausweisen von Gewerbegebieten und der Selbstbeschränkung bei der Gewerbesteuer ist zu wenig. Als GRÜNE setzen wir auf die Aktivierung einer regional und ökologisch ausgerichteten Wirtschaftsförderung mit den Zielen sozialversicherungspflichtiger, existenzsichernder Dauerarbeitsplätze, einer eher klein- und mittelständischen Unternehmensstruktur, der beruflichen Gleichstellung von Frauen, einer umwelt- und sozialverträglichen Produktion und Produktinnovation und regionaler Produkt- und Finanzkreisläufe.

Daraus ergab sich schon 1997 die Forderung nach der Zusammenfassung wesentlicher Aufgaben der Wirtschaftsförderung von Stadt und

Landkreis. Im Ergebnis führte diese Politik zur Gründung einer bis heute hervorragend aufgestellten regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft (HI-REG).

Die in der Stadtverwaltung verbliebenen Aufgaben umfassen insbesondere konkrete Serviceleistungen für Unternehmen und eine städtische Standortentwicklung. Dazu sehen wir in der Errichtung eines „Haus der Wirtschaft“ eine sinnvolle Zusammenlegung möglichst vieler in Hildesheim vorhandener Beratungs- und Serviceangebote unter einem Dach. Hier gilt es eine geeignete Immobilie zu finden, ein Konzept zu entwickeln und mit allen maßgeblichen Akteuren abzustimmen.

#### Wir wollen:

- eine Bedarfsanalyse vor Baubeginn bei Gewerbeflächen und Infrastrukturmaßnahmen (wie z.B. Gewerbepark Nord mit Hafenausbau), eine Aufwertung des schienen- und wassergebundenen Verkehrs und ein Mehr an Kostentransparenz. Mit dem Bau der Nordumgehung verbundene Planungen werden abgelehnt.
- weiterhin eine ausreichende Unterstützung des seit Jahren gut ausgelasteten Technologiezentrums für Existenzgründungen und neuerdings vor allem in Kooperation mit 'Bosch Car Multimedia' die Einrichtung eines Gründercampus für junge Entwickler („Software-Start-ups“) im Hildesheimer Wald
- eine verstärkte Förderung von regenerativen Energiequellen und den Einsatz ökologischer Elemente in der Wirtschaftsförderung („Ökoprotit“/ „Effizienzwerkstatt Energie“/„Öko-Audit“. Damit verbunden sind Unternehmensvorteile durch Kostenreduzierung und Vermarktung.
- die Sicherung einer dezentralen Einzelhandelsstruktur. Deshalb: Keine neue Ausweisung von „Shopping-Centern“ im Innenstadtbereich oder auf der „grünen Wiese“. Entwicklungen im Internet wie der „Online-Marktplatz“ sind seitens der Stadt bzw. Hildesheim-Marketing zu unterstützen.
- die Schaffung neuer und die Unterstützung bestehender Netzwerke ökologischer Erzeugerinnen- und Erzeugerbetriebe zur städtischen Direktvermarktung von landwirtschaftlichen Produkten aus der Region, wie z.B. „HI-Land“
- die Prüfung einer Unterstützung regionaler Initiativen zum Tauschring oder „Regio-Geld“

### 34. Wohnen

Der Wohnungsmarkt in Hildesheim ist zunehmend angespannt, die Nachfrage steigt. Ganz konkret fehlt es an kleinen preiswerten Mietwohnungen, an großen Wohnungen für Fami-

lien, an altersgerechtem Wohnraum und an Möglichkeiten für neue Wohnformen. Die Mietpreise steigen erstmals seit Jahren. Andererseits stehen laut Wohnraumversorgungskonzept hun-



derte Wohnungen leer, viele davon in sogenannten verwahrlosten Immobilien.

Die kommunale Wohnungspolitik der letzten Jahrzehnte bestand vorzugsweise aus umfangreichen Stadtumbauprojekten, Mietwohnungsbau für Besserverdienende und in der Ausweisung zusätzlicher Bauflächen für Einfamilienhausbebauung in Stadtrandlage. Letzteres beinhaltete neue Zersiedelung bzw. Versiegelung von Naturflächen.

Höchst problematisch war zudem der Verkauf von Wohnungen der Stadt und der stadteigenen Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft (gbg) im Fahrenheitgebiet und in der Nordstadt. Die Folge ist bis heute eine schleichende Verdrängung der eher einkommensschwachen Bewohnerinnen und Bewohner.

Ökologische Zielsetzungen sind in der Wohnungspolitik zunehmend wichtig. Gerade im Wohnungsbestand existiert ein sehr hohes Energieeinsparpotential. Zum Erkennen dieses Potenzials ist in den letzten Jahren vor Ort unter

'GRÜNEM' Zutun ein Ausbau von Energieberatungsstellen erfolgt und ein regionaler Heizkostenspiegel erschienen. Trotzdem bleibt die Aufgabe groß. Bei Sanierungsmaßnahmen dürfen die Mieter nicht mehr belastet werden als sie Energiekosten sparen (Warmmietenneutralität), sonst droht Verdrängung. Dies erfordert eine intensive kommunale Planung/Beratung/Förderung von energetischem Sanieren bzw. ökologischem Bauen, damit eine Verbesserung zum Beispiel an Wärmedämmung und Heizungsanlagen den Eigentümerinnen und Eigentümern, der Bauwirtschaft, der Umwelt und den betroffenen Mieterinnen und Mietern hilft.

Wir fordern daher bezahlbaren Wohnraum von vernünftiger Qualität in allen Stadtteilen. Dafür ist auf unsere Veranlassung ein Wohnraumversorgungskonzept erarbeitet worden, das den allgemeinen Bedarf konkret aufzeigt. Über eine fortzusetzende Beobachtung des Wohnungsmarktes und die Einbindung von Expertinnen und Experten über den „Runden Tisch Wohnen“ geht es nunmehr um folgende Maßnahmen.

#### **Wir wollen:**

- eine Erhöhung der Anzahl von Sozialwohnungen im Bestand und im Neubau um mindestens 300 Einheiten in den nächsten fünf Jahren. Dafür ist die Neuauflage eines kommunalen Wohnungsbauprogramms nötig, finanziert über Fördermittel von Land und Bund.
- den Aufbau eines Leerstandskatasters zur Einschätzung von Aufnahmefähigkeit und Flächenbedarf sowie zur Vermeidung von Zweckentfremdung am Wohnungsmarkt
- eine verstärkte Beratung und Förderung von gemeinschaftlich organisierten, auch generationenübergreifenden Wohnprojekten bzw. Baugemeinschaften
- eine möglichst dezentrale und gegebenenfalls betreute Unterbringung von Flüchtlingen und Obdachlosen in Wohnungen, statt zentral in Wohnheimen. Letzteres behindert nicht nur die Integration der Menschen, sondern ist zudem extrem teuer.
- die Umsetzung des beschlossenen Mietspiegels für Hildesheim ab 2017. Dieses Instrument zur Schaffung von Markttransparenz soll helfen, Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden und Mieterinnen und Mieter vor überzogenen Mietforderungen zu schützen.
- die Erstellung eines Wohnungstauschprogramms, insbesondere gedacht als Unterstützung für umzugsbereite ältere und alleinstehende Personen. Dies gewinnt Wohnraum im Bestand und es hilft dem Generationenwechsel in den Eigenheimquartieren der 50er und 60er Jahre.
- eine Verstärkung der kommunalen Seniorinnen- und Seniorenwohnberatung, z.B. bezüglich mehr Barrierefreiheit durch Wohnraumanpassung

- eine Konzentration auf die Stadtteilentwicklung. Hier geht es um Quartierskonzepte, die mit Unterstützung durch Stadtumbauprogramme, wie die 'Soziale Stadt', eine „Stärkung der Nachbarschaften“ beinhalten mit mehr Versorgungssicherheit, Wohnumfeldverbesserungen oder Gemeinwesenarbeit.

## **35. Zersiedelung**

Boden ist ein nicht vermehrbares Gut und dennoch werden in Deutschland täglich noch Flächen in der Größe von ca. 100 Fußballfeldern versiegelt und bebaut. Auf der anderen Seite nimmt die Bevölkerung in Deutschland in den nächsten 20-30 Jahren deutlich ab. Diese Grundsätze und die damit verbundenen Grenzen des Wachstums müssen die Siedlungspolitik der Stadt bestimmen und haben zu dem Leitsatz: „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ geführt, der die Baupolitik der letzten Jahre bestimmt hat. Bevor neue Baugebiete ausgewählt und damit Natur und Umwelt versiegelt und zerstört werden, muss geprüft werden, ob nicht vergleichbare Effekte, wie ein neues Baugebiet, auch mit Hilfe von Innenverdichtung oder Sanierung von bestehendem Wohnraum erreicht werden können.

Wir brauchen ein abgestimmtes und planvolles Umgehen mit der Erweiterung von Wohn- und Lebensräumen. Viele Stadtteile erleben einen Generationswechsel, vorhandene Haus- und Wohnungsbestände wechseln die Besitzer und müssen modernisiert und attraktiv umgebaut und saniert werden. So wird Altbestand in attraktiven modernisierten Wohnraum umgewandelt und es kann verhindert werden, dass neue Baugebiete ausgewiesen werden und im Ortskern Leerstand herrscht.

Um Ortsteile zu sichern, brauchen wir vor allem Investitionen in die Infrastruktur. ÖPNV, Nahversorger, Ärzte, Kitas, Schulen, Post und Einkaufsmöglichkeiten, Angebote für Jugendliche usw. sind die Elemente, die Stadtteile für junge Familien attraktiv und für ältere Menschen lebenswert gestalten.

### **Wir wollen:**

- einen stadtweit abgestimmten Plan zur Ausweisung neuer Baugebiete, um den ungesteuerten Wildwuchs kleinerer Baugebiete zu vermeiden
- dass Investitionen in die Infrastruktur der Ortsteile einer Neuausweisung von Baugebieten vorgezogen wird.



## Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat

### Wahlbereich Nord (F)



**Volker Spieth**

Geschäftsführer Mieterverein Hildesheim

**Themen:** Finanzen, Wohnen, Verbraucherschutz



**Dr. Doris Wendt**

Verlagslektorin

**Themen:** Kulturpolitik und Frauenpolitik



**Manfred Kallmeyer**

Berufsschullehrer

**Themen:** Schule, Jugend, Umwelt, Kultur



**Ekkehard Domning**

Softwareentwickler

**Themen:** Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt



**Uwe Maasberg**

Sozialarbeiter, Vereinsbetreuer

**Themen:** Lebendige Quartiere, Gemeinschaftliches Wohnen, Leben im Alter

**Oliver Köttker**

Dipl. Sozialarbeiter

## Wahlbereich Ost (G)



**Ulrich Rübiger**

Geschäftsführer

**Themen:** Stadtentwicklung, Verkehr, Umwelt



**Kathrin Vornkahl**

Verwaltungsangestellte  
Universität Hildesheim

**Themen:** Kultur, Stadtentwicklung, Gemeinschaft im Ortsteil



**Uwe Dietrich**

Diplom-Geograph

**Themen:** Biodiversität, Soziales und Sport



**Anja Markwart**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin HAWK

**Themen:** Bürgerbeteiligung, Stadtentwicklung unter Berücksichtigung demografischer Veränderungen Stärkung der umweltverträglichen Verkehrsmittel



**Marion Olthoff**

Referentin (ATZ)

**Themen:** Gleichstellung von Frauen und Männer, Sozialpolitik



**Uwe Wedekind**

Dipl. Pädagoge

**Themen:** Flucht und Migration, Soziales



**Henning Sonnenberg**

Rechtsanwalt

**Themen:** Migration, Integration

## Wahlbereich Süd (H)



**Rosa Wagner-Kröger**  
Dipl. Sozialpädagogin

**Themen:**  
Kulturentwicklung,  
Integration von  
unbegleiteten  
minderjährigen  
Ausländern



**Jörg Bredtschneider**  
Ingenieur

**Themen:**  
Stadtentwicklung,  
Landschaftsschutz,  
Umwelt- und  
Verbraucherschutz



**Klaus Schäfer**  
Angestellter

**Themen:** Soziales,  
Regionalentwicklung,  
Rechtsextremismus,  
Quartiersarbeit

**Jürgen Blumtritt**  
Krankenhausapotheker

**Themen:** Umwelt, Sport,  
Finanzen, Feuerwehr,  
Gesundheit

**Monika Schlegel**

Dipl. Pädagogin

**Themen:** Schule,  
Soziales, Kultur

**Ute Wittenberg**

Stellvertretende  
Schulleiterin

**Themen:** Kinder- und  
Jugendliche, Bildung –  
Bildungsgerechtigkeit,  
Flüchtlinge

## Wahlbereich West (I)



**Ursula Oehlschläger**  
Lehrerin, Schulleiterin,  
Sozialpädagogin

**Themen:** Jugend und  
Soziales, Kultur



**Thomas Kittel**  
Wissenschaftlicher  
Mitarbeiter HAWK

**Themen:**  
Stadtentwicklung,  
Verkehr,  
Landschaftsschutz



**Jonathan Thurow**  
Schüler

**Thema:** Jugend



**Jessica Sharma**  
Angestellte

**Themen:**  
Stadtentwicklung (Areal  
Mackensenkaserne,  
Umsetzung IVEP), Erhalt  
und Förderung der  
Kinder- und  
Jugendarbeit in den  
Quartieren



## Kandidatinnen und Kandidaten für die Ortsräte

### **Achtum-Uppen**

Anja Markwart

Uwe Adling

### **Bavenstedt**

Oliver Kersten-Wilk

### **Itzum-Marienburg**

Jörg Bredtschneider

Jürgen Blumtritt

### **Marienburger Höhe/Galgenberg**

Sascha Kirchner

Karin Goldmann

Monika Juli

Susanne Philipps

### **Moritzberg/Bockfeld**

Thomas Schlüter

Andrea Althaus-Bode

Wolfgang Grollmuß

Harald Hammecke

Ursula Oehlschläger

Christine Agena

### **Neuhof/Hildesheimer Wald/Marienrode**

Kathrin Vornkahl

Thomas Kittel

### **Nordstadt**

Ekkehard Domning

Anette Domning

Ricardo Mechelk

Eske Domning

### **Ochtersum**

Ute Wittenberg

Elke Warsewa

Ralf Ziebolz

Manfred Kallmeyer

Volker Spieth

### **Oststadt/Stadtfeld**

Sabine Sonnenberg

Angelika Schaffert

Rosa Wagner-Kröger

Ulrich Rübiger

Ottmar von Holtz

Jessica Sharma

### **Stadtmitte/Neustadt**

Edeltraud Groenda-Meyer

Uwe Dietrich

Oliver Köttker

Uwe Maasberg

Frederick Teichmann

Klaus Schäfer

Doris Wendt



Für  
den Kreistag!

---

**WIR BEWEGEN  
ETWAS FÜR  
DEN LANDKREIS**

---

Wenn grün,  
dann richtig.



WIR für den Stadtrat!

---

**AUF KURS.  
MITTENDRIN.  
FÜR HILDESHEIM.**

---

Wenn grün,  
dann richtig.

